



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Katja Weitzel, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Europa stärken: Für eine zukunftsfähige regionale Strukturpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Bayern in besonderem Maße von der EU-Förderpolitik profitiert hat, insbesondere durch die Strukturförderungen in ländlichen Regionen. Angesichts künftiger Herausforderungen braucht die Kohäsionspolitik der EU zeitgemäße Ansätze, die den regionalen Bedürfnissen gerecht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Kohäsionspolitik der EU auch nach 2028

1. eine starke regionale Verankerung behält und die spezifischen Herausforderungen der Regionen angemessen berücksichtigt,
2. Subsidiarität und Gestaltungsspielräume für die Regionen wahrt,
3. finanziell angemessen ausgestattet bleibt, damit EU-Programme wie INTERREG, ELER, ESF+, EFRE auch nach 2028 fortgeführt werden können,
4. den Fokus auf regionale Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt legt,
5. Regionen und Kommunen bei der Planung und Umsetzung von EU-geförderten Maßnahmen weiterhin einbindet.

Begründung:

Die EU-Kohäsionspolitik ist ein zentrales Instrument, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Europa zu fördern, regionale Transformationsprozesse zu unterstützen und die europäische Integration voranzutreiben.

Pläne der EU-Kommission, Fördermittel künftig verstärkt direkt mit den Nationalstaaten zu verhandeln, gefährden diese Zielsetzungen. Der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, Vasco Alves Cordeiro, hat bereits davor gewarnt, dass dieser Ansatz die Kohäsionspolitik erheblich schwächen könnte, indem er die Regionen „ins Abseits“ stellt. Eine Zentralisierung der Mittelvergabe steht zudem im klaren Widerspruch zu den Prinzipien der Subsidiarität und der regionalen Eigenverantwortung.

Die bisherigen Erfolge der Kohäsionspolitik, etwa in Bayern, zeigen, wie gezielte Förderung vor Ort soziale, ökologische und wirtschaftliche Fortschritte ermöglicht. Nach dem Ende des Kalten Krieges stand Bayern vor der Herausforderung, eine weitreichende industrielle Transformation einzuleiten. Insbesondere in den 1990er- und

2000er-Jahren profitierten strukturschwächere Regionen wie Niederbayern und Oberfranken erheblich von den EU-Strukturförderprogrammen (z. B. EFRE, ELER, INTERREG).

Eine stärkere Zentralisierung der EU-Mittelvergabe im Rahmen nationaler Pläne birgt die Gefahr, regionale Besonderheiten zu übersehen. Deshalb ist es entscheidend, dass die EU-Kohäsionspolitik auch in Zukunft regional verankert bleibt und die spezifischen Herausforderungen vor Ort berücksichtigt. Nur so kann das Ziel eines sozial, wirtschaftlich und ökologisch gerechten Europas erreicht werden.